Proletarier aller Länder,
vereinigt euch!

Die auswärtige Politik des deutschen Kommunismus und der Hamburger nationale :: Bolschewismus ::

Von

Karl Radek.

Preis 80 Heller.

Herausgegeben von der
Kommunistischen Partei Deutschösterreichs
Zentrale: Wien VIII, Alserstrasse 69.

1. Das Manifest der Hamburger „Opposition".

Schon während der Verhandlungen über den Versailler Frieden machte sich in gewissen bürgerlichen Kreisen Deutschlands eine gewisse Richtung bemerkbar, die den Anschluss an Sowjet-Russland aus nationalen Gründen propagierte. Um der Entente Widerstand leisten zu können, sollte man sich sogar dem Teufel — den Bolschewiken — verschreiben. Da man sich aber gewöhnlich dem Teufel nicht gerne verschreibt, bemühten sich verschiedene Vertreter dieses „nationalen Bolschewismus" zu beweien, dass dieser Belzebub gar nicht so schlecht sei, dass man jedenfalls die proletarische Diktatur so unterstützen könne, dass sie auch von respektablen Leuten akzeptiert werden könne. Gegenüber dieser Strömung, inwieweit sie nicht ein diplomatisches Spiel verkrachter Politiker war, sondern ein ehrliches Suchen nach Wegen der Rettung nicht nationaler Vorrechte, sondern der deutschen Kultur, hatte die kommunistische Partei die Pflicht, sich nicht mit reiner Negation zu begnügen. Sie hatte die Pflicht, den ehrlichen Elementen, die es wagten, zur Rettung der nationalen Kultur auf bürgerliche Vorrechte zu verzichten, die Hand zu reichen, ihnen aber gleichzeitig zu sagen, dass der Kommunismus kein Schirm ist, den man während des Regens aufspannen und dann zusammenklappen kann, noch ein Bad, dessen Temperatur man nach Willkür erhöhen oder erniedrigen kann. Zum Kommunismus gelangen Intellektuelle auf verschiedenen Wegen: durch Philosophie, Religion, ja sogar durch Aesthetik. Die nationale Sorge kann auch einen anderen Weg zum Kommunismus bilden. Aber der Kommunismus selbst ist *das Ziel der um Befreiung ringenden Arbeiterklasse und er hat seine eigenen Entwicklungsgesetze und Notwendigkeiten*. Wenn die Arbeiterklasse keine Ursache hat, Leute abzuschütteln, die aus verschiedenen

Gründen aus dem bürgerlichen Lager zu ihr kommen, so hat sie aber die Pflicht, sich den Vorurteilen und Sonderzwecken dieser Elemente nicht unterzuordnen, sondern die zu ihr kommenden zu nötigen, entweder den innersten Gehalt des Kommunismus sich anzueignen oder der Partei nicht beizutreten. Mit dem nationalen Bolschewismus kann die kommunistische Partei in der Zukunft unter gewissen Bedingungen praktische politische Berührungspunkte haben: So zum Beispiel kann er ehrlich national gesinnten Offizieren in Deutschland in der Zukunft den Weg zum freiwilligen ehrlichen Dienst in der deutschen roten Armee bahnen. Aber für den nationalen Bolschewisten gibt es keinen Platz in dem Rahmen der bolschewistischen Partei, noch kann sie ihren proletarischen, internationalen Standpunkt verwischen, um auf national-bolschewistischen Bauernfang zu gehen. Umsoweniger kann sie in ihren Reihen eine Richtung dulden, die unter der Maske des kommunistischen Radikalismus die kommunistische auswärtige Politik in eine nationalistische verwandelt. Als die Quelle dieser Strömung entpuppt sich unerwarteter Weise die sogenannte Hamburger Opposition. Ihre Führer, *Wolffheim* und *Laufenberg*, veröffentlichen eine *Adresse an die Arbeiterklasse Deutschlands*, in der sie eine *nationalistische Auslandspolitik* vertreten, sowohl was die Ziele wie die Methoden anbetrifft.

Wie gering auch diese Gruppe ist, ihr Manifest erfordert eine Besprechung, weil es erlaubt, die Unterschiede zwischen kommunistischer und nationalistischer Weltpolitik festzustellen, und weil dieses Manifest wichtige Einblicke in das Wesen der Hamburger Richtung als einer kleinbürgerlichen gewährt. In einer so tiefen Umwälzung, wie die, in der wir uns jetzt befinden, ändern soziale Gruppen und Schichten oft ihre Stellung, je nach dem Gang der Ereignisse. Es ist gar nicht ausgeschlossen, dass, proletarisiert durch den Ausgang des Krieges, Teile der Intellektuellen, des Offizierskorps, des Kleinbürgertums sich in der Richtung des jetzt noch schwachen nationalen Bolschewismus entwickeln werden. Es ist sehr möglich, dass wir in den Führern der sogenannten Hamburger Opposition eine Richtung haben, bei der die syndikalistische Konfusion etwas ganz Unwesentliches ist und der nationale Bolschewismus das Wesentliche. Im Anfang einer Revolution kann man bei sogenannten Seitensprüngen von einzelnen Intellektuellen niemals wissen, ob es sich um *persönliche Konfusion* oder um die Keime einer neuen Parteibildung handelt. Angesichts solcher embryonaler Erscheinungen besteht die Aufgabe

einer Partei mit festem Boden, diesen Boden von der neuen Strömung klar abzugrenzen. Deshalb ist die vorliegende Untersuchung von Wichtigeit, selbst wenn die Lauffenberg und Wolffheim morgen den nationalen Bolschewismus zugunsten, sagen wir, der buddhistischen Propaganda aufgeben würden. Nicht um ihre Persönlichkeit, sondern um eine politische Richtung handelt es sich, die sich in ihnen manifestiert.

2. Die Lehren der auswärtigen Politik der russischen Revolution.

Nicht nur die Beeinflussung der auswärtigen Politik der kapitalistischen Staaten wie vor dem Weltkriege, handelt es sich jetzt für uns Kommunisten, wenn wir jetzt an die Fragen der auswärtigen Politik geistig herantreten. Die Existenz der russischen Sowjetrepublik stellt uns vor die Frage der auswärtigen Politik des proletarischen Staates, und diese Frage spielt eine grosse Rolle in unseren Betrachtungen der Beziehungen vom Siege des Proletariats in Deutschland wie in anderen Ländern Europas. Wie kann sich die Stellung der proletarischen Staaten im kapitalistischen Staatensystem gestalten, fragen wir, indem wir von der Voraussetzung ausgehen, dass das Proletariat nicht auf einmal in allen Staaten siegen wird.

Seitdem der Verkehr so entwickelt ist, dass die Verhältnisse eines Staates die anderen beeinflussen, bekommt jede Revolution internationale Bedeutung und hat internationale Folgen. Auch die bürgerlichen Revolutionen, die im feudalen Staatensystem in einem Lande nach dem anderen siegten, stellten uns vor die Frage, wie sie sich als Fremdkörper, als Neubildungen zu der feudalen Umwelt stellen sollten. So war es mit der englischen Revolution des siebzehnten, so mit der französischen des achtzehnten Jahrhunderts, so mit der Revolution des Jahres 1848. Da die englische Revolution einen Teil des Wachstumsprozesses des bisher zurückgebliebenen englischen Kapitals zum Merkantilimperialismus darstellt, rief sie Krieg mit dem republikanischen Holland, der wirtschaftlich damals stärksten Macht, wie dem modernen absolutistischen Frankreich, das unter Colbert zum Merkantilismus überging, während es auf Seiten des puritanischen Englands das katholisch-feudale Spanien hatte, das als Kolonialmacht ins Hintertreffen geraten war. Die französische Revolution hatte gegen sich die Koalition des kapitalistischen Englands und des feudalen Mittel- und Osteuropas. Während für England die Kriege gegen Frankreich in erster Linie

Kriege zur endgültigen Niederwerfung des kolonial- und handelspolitischen Gegners waren, waren sie für die deutschen Staaten Kriege gegen die bürgerliche Revolution. Die Revolutionen des Jahres 1848 wurden niedergebrochen ebenso durch die Bajonette des russischen Zarismus, wie durch das Gold des kapitalistischen Englands. So zeigt schon die Periode der bürgerlichen Revolution, dass die Reaktionen, die jede bürgerliche Revolution erweckte, auf verschiedene sozialpolitische Elemente zurückzuführen sind, nicht nur auf den Gegensatz der gesellschaftlich-politischen Struktur, die die im Gefolge der Revolution sich bekriegenden Länder repräsentierten. Nicht nur bürgerliche Revolution und feudale Reaktion standen sich gegenüber. Dieser Gegensatz wurde oft durchkreuzt durch den Kampf der kapitalistischen Länder untereinander.

Die proletarischen Staaten, die jetzt entstehen, können nicht in Gegensatz zu einander geraten: ihre Interessen sind solidarische. Zu ihrem Glücke können sie auf den Kampf unter den kapitalistischen Staaten einstweilen rechnen, als auf einen Faktor, der ihr Aufkommen erleichtert.

Die russische Revolution, das erste Kind der durch den Weltkrieg beschleunigten Weltumwälzung, stand im ersten Jahre ihrer Existenz zwischen zwei feindlichen kapitalistischen Lagern, die dank dem aus ihrer imperialistischen Wesensgleichheit resultierenden Gegensatz zu einander verhindert waren, den Gegensatz zu der proletarischen russischen Revolution die Rolle des allein bestimmenden Faktors ihrer Politik spielen zu lassen. Es ist ausserordentlich interessant und drollig, in den Memoiren von Ludendorff, Helfferich, Czernin zu verfolgen, wie die Machthaber der Zentralmächte in ihrem Verhältnis zur russischen Revolution zwischen der Angst vor ihrem proletarisch-internationalen Charakter und dem Willen im Osten zu einem Frieden zu gelangen, hilflos wankten. Da aber mit dem Krieg der Krieg nicht verschwand, sondern nur mit anderen Mitteln geführt wird, so kann heute auch die Entente den Willen zur Vernichtung der proletarischen Revolution nicht zum einzigen Leitstern ihrer Politik Russland gegenüber zu machen. Die Frage, wie sich ein konterrevolutionäres Russland zu Deutschland und Japan stellen würde, beginnt den englischen wie den amerikanischen Imperialismus tief zu beunruhigen und es ist möglich, dass die Erwägungen dieser Art die auswärtige Politik der beiden ausschlaggebenden Ententestaaten heute schon in höherem Grade beeinflussen, als es uns in concreto bekannt ist.

Aus diesen Zusammenhängen heraus erklärt es sich schon (es kommen auch weitere Momente hinzu, von denen wir noch sprechen werden), warum die auswärtige Politik der russischen Sowjetrepublik keinesfalls den eindeutigen Charakter aufweisen konnte, den man nach einem revolutionären Schema von ihr erwartete. Die Bolschewiki haben zusammen mit den anderen Parteien der Zimmerwalder Linken gegenüber den Bestrebungen der Sozialpatrioten und Zentrumsleute nach einem „demokratischen Verständigungsfrieden" immer darauf hingewiesen, dass ein Friede ohne Ausbeutung und Unterdrückung der Völker nur dann möglich sein wird, wenn die ausschlaggebenden Völker der Welt sich selbst befreit haben werden vom Joche des Kapitalismus: d. h. nach der Weltrevolution; der Weg zu einem Völkerfrieden führe durch die Revolution in jedem kapitalistischen Lande. Auf die Gegenfrage der Sozialpatrioten, was aber geschehen solle, wenn die Revolution in einem Lande siegen würde, während in dem anderen die imperialistischen Kräfte am Ruder blieben und den Krieg weiter führten, antworteten die Bolschewiki: dann müsste die proletarische Regierung alles tun, um durch Veröffentlichung der imperialistischen Geheimverträge usw. die Friedensbewegung in den anderen Ländern zu stärken, sie müsste versuchen, mit den Gegnern zu einem ehrlichen Frieden zu gelangen, und sollte dies nicht gelingen, so wäre ihre Aufgabe, die revolutionäre Verteidigung zu organisieren.

Nun im März 1917 brach der Zarismus zusammen, siegte die Revolution in Russland. Aber zur Herrschaft gelangte einstweilen nicht die Arbeiterklasse, sondern die Vertreter der progressiven Junker (Fürst Lwow), des Industrie- und Bankkapitals (Gutschkoff, die Kadetten) und das Kleinbürgertum (Sozialrevolutionäre und Menschewiki). Verbunden mit dem Ententekapital, veröffentlichten sie die Raubverträge des Imperialismus nicht, führten keinen Kampf um den Frieden, sondern sie organisierten auf Geheiss des Ententekapitals eine neue Offensive. Die kriegsmüde Armee, in der die Revolution den Glauben an die demokratischen Kriegsziele getötet hat, die nach Hause eilen wollte, um den ihr durch die „revolutionäre" Regierung zugesagten Grund und Boden den Junkern wegzunehmen, wurde immer unwilliger, weiter zu kämpfen. Millionen von Soldaten desertierten, andere sassen untätig in den Schützengräben. Als der Zusammenbruch der Kerenski-Regierung kam, weil sie eine Volksschicht nach der anderen durch ihre Politik abstiess, da hatte Russland zwar noch Millionen bewaffneter Männer im Felde, aber keine Armee. Der Transport lag vollkommen zerstört, die Verpflegung der Städte und der Armee war vollkommen desorganisiert. Was sollten die Bolschewiki tun? Durch die Veröffentlichung der Geheimverträge, durch ihre Agitation suchten sie die Friedensbewegung in allen kriegführenden Ländern zu stärken, sie forderten alle Regierungen auf, die Friedensverhandlungen zu beginnen. Als die Ententeregierungen sich weigerten, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, und die Sowjetregierung allein mit den Vertretern des deutschen Imperialismus an dem Verhandlungstisch in Brest-Litowsk sass, konnte sie bessere Friedensbedingungen herausschlagen, wenn sie sich entschloss, dem deutschen Imperialismus zu helfen, seinen Raubfrieden als einen „Verständigungsfrieden" zu maskieren. Aber ihrer internationalen Pflichten bewusst, demaskierte sie die Pläne des deutschen Imperialismus und als er seine wahre Raubnatur zeigte, brach sie die Friedensverhandlungen ab, um erstens noch einmal auf die Arbeiterklasse Deutschlands einzuwirken, zweitens, um den deutschen Imperialismus, falls ihm die deutsche Arbeiterklasse nicht in den Arm fallen würde, zu nötigen, ihr offen den Revolver auf die Brust zu setzen, denn nur unter dem direkten Druck der deutschen Offensive konnte sie den Raubfrieden unterzeichnen. Dass, wie die Dinge damals in Russland lagen, die revolutionäre Verteidigung unmöglich war, gaben alle zu. Der Teil der Bolschewiki, der gegen die Unterzeichnung des Brester Friedens ankämpfte, schlug die Räumung des Landes bis zur Wolga vor, den Ausbau des Urals als der Basis für den zukünftigen Krieg, wenn sich der deutsche Imperialismus schwächen wird im Kampfe mit den Arbeiter- und Bauernmassen Russlands, wenn er verbluten wird in den Kämpfen auf den Schlachtfeldern des Westens. Die Mehrheit der Bolschewiki, mit Lenin an der Spitze, wies dagegen darauf hin, es gelte Zeit zu gewinnen, um in den Massen Zentralrusslands festen Fuss zu fassen, die proletarische Revolution aus einem Schemen in Wirklichkeit zu verwandeln, durch den Ausbau der Räte, durch die Expropriation. Die Zugeständnisse, die man dem deutschen Imperialismus machen müsste, erlauben auf die Dauer keinen sozialistischen Aufbau, aber einstweilen gehe der Krieg weiter, Deutschland erschöpfe sich immer mehr, während die Sowjetmacht sich stärken und so die Möglichkeit gewinnen werde, falls inzwischen die Revolution in Deutschland nicht siegen sollte, in einem günstigeren Moment den Kampf aufzunehmen. Die Richtung Lenins siegte, und die

Geschichte gab ihm recht. In ein paar Monaten gelang es die ersten Korps der neuen, der roten Armeen bilden, die den tschechoslowakischen Söldnern der Entente Widerstand leisteten, als diese vom Osten her Sowjet-Russland für den Friedensschluss „zu strafen" versuchten. Acht Monate nach dem Brester Frieden lag der deutsche Imperialismus zertrümmert auf dem Boden. Die Sowjetmacht hat tiefe Wurzel im Volke gefasst, und als die Entente, um deren letzten Gegner niederzuwerfen, aus den Konterrevolutionären aller Nationen Russlands einen Krieg von Heeren mit ihrem Gelde, ihren Munitionszufuhren zu bilden begann, war diesmal das Sowjet-Russland im Stande, den revolutionären Verteidigungskrieg zu führen. Eine rote Armee von eineinhalb Millionen Mann kämpft jetzt an allen Fronten Russlands gegen die konterrevolutionären Heere der Esthen, Letten, Littauer, Polen, Ukrainer, gegen Judenitsch, Denikin, Koltschak.

Aber gleichzeitig lässt die Sowjetregierung keinen Tag vergehen, ohne zu versuchen, mit der Entente oder ihren Banditen zum Frieden zu gelangen. Kein Opfer ist ihr zu gross, um den Frieden zu erlangen, sie will sogar die Kriegsschulden des Zarismus anerkennen, weswegen sie von den gehirnlosen „linken" Sozialistenrevolutionären als Verräterin gegeisselt und bekämpft wird. Ja, ihr „Opportunismus" geht so weit, dass sie bereit ist, unter gewissen Bedingungen den Alliierten wirtschaftliche Konzessionen auf russischem Boden zu gewähren, um nur einen Frieden zu erlangen.

Tut sie es aus Pazifismus? Sie erkennt den revolutionären Krieg an und organisiert ihn! Tut sie es aus Opportunismus? Der Opportunismus als Methode der Arbeiterbewegung, bedeutet das Bestreben, durch Kompromisse mit der Bourgeoisie eine allmähliche Entwicklung zum Sozialismus anzubahnen ohne Umsturz der bürgerlichen Herrschaft: die Sowjetregierung ist aber durch Sturz der bürgerlichen Herrschaft entstanden, sie hat die Bourgeoisie expropriiert und verteidigt die Arbeiterdiktatur mit allen Mtteln. Aber etwas anderes ist Opportunismus und etwas anderes das Rechnen mit Tatsachen. Und die ausschlaggebenden Tatsachen, mit denen die auswärtige Politik Sowjet-Russlands rechnen muss, sind: erstens die Revolution in Westeuropa und Amerika entwickelt sich langsam, sie wird bis zu ihrem endgültigen Siege Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Sie wird nicht in allen Ländern auf einmal siegen. Sozialistische Staaten werden noch lange neben kapitalistischen existieren. Der Krieg frisst aber am Marke der Völker, die ihn führen. Er erfordert, dass alle wirtchaftlichen Kräfte, die sonst dem Aufbau des Sozialismus, der Hebung der Lage der Volksmassen dienen würden, verpulvert werden. Daraus ergibt sich als Resultat, dass das Problem der auswärtigen Politik Sowjet-Russlands, und falls die Weltrevolution nicht viel schneller sich entscheiden wird, als bisher, auch jeder anderer Länder, in denen die Arbeiterklasse siegen wird, darin besteht, zu einem modus vivendi mit den kapitalistischen Staaten zu gelangen, der von den proletarischen Staaten selbst um den Preis grosser Opfer, die Last des Krieges nehmen, die von der Gefahr der Blockade befreien würde. Ist dieses nicht eine Illusion? Können proletarische und kapitalistische Staaten im Frieden und Warenverkehr leben? Ginge es nach dem Willen der kapitalistischen Staaten, sie würden jeden proletarischen Staat erwürgen und erdrosseln, wie sie es mit Sowjet-Ungarn getan haben, dessen Territorium zu klein, dessen Kräfte militärisch zu gering waren, als dass es sich allein durchsiegen konnte. Aber bei Sowjet-Russland ging es nicht so einfach. Frankreich griff mit eigenen Truppen in Südrussland ein. Die Revolte dieser Truppen in Odessa nötigte die französische Regierung, sie zurückzuziehen. England griff mit eigenen Truppen im Norden, bei Archangelsk ein. Die Proteste der englischen Arbeiter nötigten die englische Regierung, ihre Truppen von Archangelsk zurückzuziehen. Die Entente finanzierte die Konterrevolutionäre Russlands, hilft den Konterrevolutionären in den Randstaaten mit Geld und Munition. England allein hat eine Milliarde Pfund Sterling für diese Zwecke verpulvert. Bei der immer mehr sich katastrophal gestaltenden Lage auch der Ententefinanzen, kann sie das nicht endlos tun. Je stärker die zweifelsohne zunehmende Arbeiterbewegung in den Ententeländern wird, desto mehr muss die Bourgeoisie, wenn sie der Katastrophe entgehen will, auf diese Politik verzichten. Dazu kommt noch in Betracht, dass mit dem Friedensschluss die nationalistische Stimmung in den Volksmassen abebbt. Es wird immer schwerer, Arbeiter gegen Arbeiter ins Feld zu führen. Und schliesslich, wenn zum Beispiel Sowjet-Russland die Industriewaren der Ententeländer braucht, so brauchen sie seine Rohstoffe und wollen es als Markt bewahren. So spielt die Furcht vor der Eroberung des russischen Marktes durch das deutsche Kapital, vor der Wiedererstarkung dieses Gegners mit Hilfe der Beherr-

schung des russischen Marktes eine grose Rolle in der Politik des englischen und amerikanischen Handelskapitals. Charakteristisch in dieser Hinsicht ist es, dass der „Manchester Guardian" und die „Daily News", die Vertreter der englischen Handelswelt, gleichzeitig Vertreter der Friedenspolitik Russland gegenüber sind.

Die Möglichkeit des Friedens zwischen kapitalistischen Staaten und proletarischen ist keine Utopie. So wie nebeneinander zwei Jahrhunderte lang feudale und kapitalistische Staaten bestanden, so können die Verhältnisse den noch kapitalistischen Staaten ein Friedensverhältnis mit den schon sozialistischen aufzwingen. Es wird noch weniger ein „ewiger" Friede, als der, der bisher zwischen den kapitalistischen Staaten herrschte, denn jeder proletarische Staat ist durch seine blosse Existenz ein dauernder Anreiz zur Revolution für die Proletarier der noch kapitalistischen Staaten. Werden die kapitalistischen Regierungen den proletarischen Staaten das Genick brechen können, sie werden es in jedem Moment gerne tun. Dass sie dauernd den Proletarierstaaten Schwierigkeiten zu bereiten versuchen werden, ist klar. Jeder Proletarierstaat wird die Wehrhaftigkeit des Proletariats bis zum endgültigen Siege der Weltrevolution pflegen müssen, er wird vielleicht mehrmals zu den Waffen greifen müssen. Aber der Krieg bleibt auch für ihn ultima ratio, und er wird suchen müssen, seine Ziele im Verhältnis zu den kapitalistischen Staaten mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Das wird Opfer kosten. Die Zugeständnisse, die der proletarische Staat dem kapitalistischen machen wird, können ihn in vielem hindern, das kommunistische Programm durchzuführen. Aber der Krieg tut es in noch höherem Masse und solange die Weltrevolution in den ausschlaggebenden kapitalistischen Staaten nicht gesiegt, kann der Kommunismus in isolierten Oasen nicht rein durchgeführt werden.

Das sind die Lehren, die auf dem Gebiete der auswärtigen Politik die zwei Jahre der Sowjetrepublik einem denkenden Kommunisten bieten. Sie zeigen, dass die Lage eines proletarischen Staates keineswegs so ist, dass sie auf sofortigen Sieg der Weltrevolution oder Untergang angewiesen wäre. Sie enthält Möglichkeiten des Friedens mit den kapitalistischen Staaten, die natürlich vorerst durch harte Kämpfe überzeugt werden müssen, dass es nicht leicht ist, den Proletarierstaat umzubringen. Sowjet-Russland befindet sich noch in der Phase dieser Kämpfe. Aber schon sind Anzeichen vorhanden, dass ihm eine neue „Atempause" gewährt sein wird.

Die Atempause von 1918 gewährten Sowjet-Russland die Kämpfe der beiden imperialistischen Lager untereinander. Jetzt erwächst die neue „Atempause" sowohl aus der eigenen gesteigerten Kraft Sowjet-Russlands, wie aus dem weiteren Bestehen der imperialistischen Gegensätze, wie schliesslich aus der beginnenden Auseinandersetzung zwichen Proletariat und Bourgeoisie im Lager der gestrigen Sieger. Indem die russische Sowjetrepublik all diese Gegensätze ausnützt, ist sie auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ebenso vorbildlich für die proletarischen Staaten, die im Entstehen begriffen sind, wie sie auf allen anderen Gebieten die Wege der zukünftigen proletarischen Staatspolitik bahnt. Wer als Kommunist die auswärtigen Probleme zu durchdenken sucht, die zum Beispiel von dem deutschen Proletariat im Falle seines Sieges entstehen würden, der darf an den Lehren der russischen Sowjetrepublik nicht vorüber.

Das tun, wie wir sehen werden, unsere Hamburger nationalen Bolschewiki in vollem Umfang.

3. Die auswärtige Politik der deutschen Konterrevolution und Revolution.

In seiner Broschüre „Zwischen der ersten und der zweiten Revolution", die doch keine Agitationsrede, sondern eine historische Untersuchung sein soll, beginnt Lauffenberg mit einem Kapitel über die „Aufgaben der November-Revolution", indem er ihr das Zeugnis ausstellt, dass sie die ihr von ihm vorgeschriebenen Aufgaben nicht gelöst hat. Die selige November-Revolution könnte Lauffenberg antworten: Verehrtester Historiker, wie kann ein gelehrter Mann nur so dumm sein: Ich war nur die Form des Zusammenbruchs des deutschen Imperialismus, nicht aber des Aufstieges des deutschen Proletariats. Die zusammenbrechende Bourgeoisie kann selbstverständlich nicht die Aufgaben des aufsteigenden Proletariats lösen. Aber abgesehen von der Schulmeistermarotte, strotzt diese Einleitung von Behauptungen, die den Tatsachen ins Gesicht schlagen. Wenn Lauffenberg behauptet, im November hätte sich Deutschland weiter verteidigen können, es konnte „r a s c h" „eine rote Armee mit einem revolutionären Offizierskorps an der Spitze bilden", die, „das Heer für die Entente zu einem furchtbaren Gegner machen würden", wenn er weiter behauptet, eine soziale Revolution würde sofort die Massen in Belgien und Frankreich zu glühenden Freunden Deutschlands gemacht haben, so sind dies alles entweder positive Unwahrheiten (die Beurteilung der militärischen Lage Deutschlands) oder phantastische Illusionen, die

den Augangspunkt einer phantastischen Politik bilden, die Lauffenberg für die Zukunft der kommunistischen Partei Deutschlands aufbürden will. Es handelt sich für ihn nicht darum, die Gründe der auswärtigen Politik der deutschen Konterrevolution zu verstehen. Mit solchen Dingen befasst sich ein Marxist, der weiss, dass die revolutionäre Politik des Kommunismus von Tatsachen ausgehen muss. Der kleinbürgerliche Nationalist Lauffenberg setzt sich über Tatsachen hinweg oder phantasiert sie zusammen, weil es ihm nicht um eine revolutionäre Politik, sondern um den nationalen Radau geht, um die nationalistische Anklage.

Dass Deutschland im November vorigen Jahres nicht weiter kämpfen konnte, das weiss nicht nur jeder, der sehenden Auges und denkenden Hirnes die Ereignisse und die an sie anknüpfende militärische Literatur verfolgt, das wusste auch im vorigen Jahre im November jeder, der sah, wie die Armee und die Arbeitermassen im Reiche nur von einem Gedanken ergriffen waren: von dem Gedanken an den Frieden. Unsere russischen Genossen, die doch entfernter von Deutschland waren als Lauffenberg, haben sich im November vorigen Jahres nicht die geringsten Illusionen über die Möglichkeit der Weiterführung des Krieges durch Deutschland gemacht. Wenn die „Vossische Zeitung“ und der „Vorwärts“ behaupten, Lauffenberg führe nur die Politik weiter, die Genosse Radek auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei im Dezember vorigen Jahres befürwortet hatte, indem er die deutschen Ptoletarier zum Kriege gegen die Entente aufforderte, so sind das bewusste Lügen der konterrevolutionären Presse. Die Rede Radeks liegt im Stenogramm vor, mit einer im Jänner geschriebenen Einleitung, und sie zeigt klar, dass den russischen Genossen auch im Traume nicht einfiel, eine solche phantastische Politik zu befürworten. Sie forderten nicht den Krieg gegen die Entente, sondern eine Politik, die sogar eine bürgerliche Regierung akzeptieren konnte, wenn sie nicht dauernd Deutschland der Entente auf Gnade und Ungnade ausliefern wollte. Sie forderten die Offenhaltung des Weges zu Russland durch Uebergabe der Gewalt in den damals von Deutschland geräumten Gebieten an die lokalen Arbeiterräte, da es klar war, dass die Weissgardisten, die von der deutschen Generälen bewaffnet waren, sich auf die Seite der Entente stellen und einen trennenden Wall zwischen Deutschland und Russland bilden würden. Blieb die Verbindung zwischen den beiden Ländern offen, stärkten sie sich gegenseitig wirtschaftlich, so würde das die Lage der

deutschen Regierung bei den Friedensverhandlungen stärken und falls revolutionäre Bewegungen in den Ententeländern kommen würden, würden wir dann erlauben, einem Erdrosselungsfrieden Widerstand zu leisten. Aber selbst wenn dies nicht sofort möglich wäre, so würde es die Möglichkeit dieses Widerstandes für die Zukunft schaffen. Die Regierung der Volksbeauftragten, der mehrheitssozialistischen wie der unabhängigen, zeigte sich unfähig zu dieser Politik, die für jede bürgerliche, weiterschauende Politik annehmbar war: die Mehrheitssozialisten aus Angst vor jeder Berührung mit Sowjet-Russland, die Unabhängigen, demoralisiert durch den Glauben an Wilson, lieferten Deutschland der Entente auf Gnade und Ungnade aus. Sie hofften, dass sie durch den vollkommenen Verzicht auf jedwede zukünftige Verteidigungsmöglichkeit, ja für die Hilfe beim Bau des Walls zwischen der russischen und deutschen Revolution bessere Friedensbedingungen bekommen werden. In Versailles erhielten sie den Lohn für ihre Politik in solchem Masse, dass ihnen grün und gelb vor den Augen wurde. Der Versailler Frieden macht für Deutschland ebenso eine einene kapitalistische wie eine sozialistische Wirtschaft unmöglich. Er verpfändet der Entente grosse Teile der Produktivkraft Deutschlands, macht die deutsche Volksmasse zum Sklaven des Ententekapitals.

Es ist klar, dass die kommunistische Partei für diesen Frieden keine Verantwortung übernehmen konnte. Aber ebensowenig konnte sie die Verantwortung für den Krieg unter der Leitung der deutschen Konterrevolution übernehmen, da er nur ein Krieg zur Verteidigung des deutschen Kapitals gewesen wäre. In ihren Friedensthesen (Juni), die ein Muster revolutionärer Gedankenklarheit sind, hütete sich aber die Zentrale davor, für den Fall des Sieges der Arbeiterklasse die Verpflichtung zu einem Krieg gegen die Entente unter jeder Bedingung zu übernehmen. Nachdem sie gesagt hatte, wie der Sieg des Proletariats in Deutschland die Stellung einer proletarischen Regierung der Entente gegenüber stärken, die Aussicht auf bessere Friedensbedingungen eröffnen werde, führte die Zentrale in ihren Thesen aus:

Für die Räterepublik würden sowohl Annahme als Ablehnung der Friedensbedingungen, die ihr gestellt würden, gänzlich verschiedene Wirkungen haben. Die Entscheidung über Annahme oder Ableh-

nung der Friedensbedingungen durch eine Räteregierung hängt ab von der konkreten Situation, in der sie den Frieden abzuschliessen hätte oder nicht. So lautete die revolutionäre und realistische Antwort der Zentrale, die sogar in dem Moment, wo für sie die Uebernahme der Macht gar nicht in Betracht kam, mit revolutionärer Gewissenhaftigkeit sich hütete Wechsel zu unterzeichnen, die sie eventuell zu zahlen nicht im Stande wäre. Nicht so die Hamburger Demagogen. Im Namen des Kommunismus proklamieren sie den Krieg mit der Entente, das Durchstossen durch das Baltikum und Polen, Vereinigung mit Sowjet-Russland als die sofortige Folge, der Eroberung der Macht durch die deutsche Arbeiterklasse und sie erklären, dass sie die Versailler Hunger- und Elendskette „mit einem Ruck" abwerfen werden.

Dies alles erklären sie, weil es gilt, die kurze Zeit der Verblüffung in vollem Umfange auszunützen, die sich der Staaten der Entente alsdann bemächtigen wird. Der Nationalismus führt immer zur Narretei. Der Bramarbas ist sein Repräsentant. Lauffenberg und Wolffheim wollen die Entente durch eine Kriegserklärung „verblüffen", deshalb künden sie schon jetzt diese verblüffende Kriegserklärung an. Wie gewissenlos diese Versprechungen sind, zeigt am besten ein Blick auf die Lage in Frankreich, mit dem ein Rätedeutschland in erster Linie zu tun hätte. Die revolutionäre Bewegung in diesem Lande ist einstweilen schwächer als in England, obwohl in Frankreich die revolutionäre Presse mehr verbreitet ist und die Longuetisten eine viel klarere revolutionäre Sprache führen, als die Vertreter der englischen Labour-Party im Parlament, obwohl sie viel mutiger als diese die russische Revolution verteidigen. Die Erfahrung vom 12. Juni zeigte, wie schwach sich noch die französische Arbeiterklasse fühlt. Das hängt zusammen mit ihrer geringeren Rolle in dem französischen Wirtschaftsleben (grössere Bedeutung der Landwirtschaft, geringere Konzentration der Produktion) mit der Verwüstung des industriellen Nordens, mit den grösseren Verlusten der Arbeiterklasse usw. Dazu kommt in Betracht, dass die Hoffnungen der französichen Volkmassen auf die Kriegsentschädigungen seitens Deutschlands, auf seine Mitarbeit an dem Wiederaufbau Nordfrankreichs sie in Sicherheit wiegen, dass „Deutschland alles bezahlen wird". Der Hass gegen Deutschland, dass in den Augen der breitesten Volksmassen Frankreichs der einzig Schuldige am Kriegsausbruch ist, ist

noch nicht abgeebbt. Unter diesen Umständen würde eine Kriegserklärung des Rätedeutschland an Frankreich, eine Offensive gegen Polen, für die französischen Volksmassen ein Beweis sein, dass es sich bei Proklamierung der Räterepublik in Deutschland um nichts anderes handelt, als um eine Komödie zwecks Aufbürdung der ungeheuren Kriegslasten auf den Rücken der französischen Volksmassen, wodurch sie natürlich in die Arme der Nationalisten getrieben würden. Wenn die Hamburger Illusionisten annehmen, dass sie am Rhein nur weissgardistische, französische Banden finden würden, so würden sie ein blaues Wunder erleben.

Falls die Arbeiterklasse in Deutschland zur Macht gelangt, bevor die Arbeiterrevolution in Polen und Frankreich zwar nicht gesiegt hätte, doch nahe dem Siege wäre, so wird die auswärtige Politik der deutschen Arbeiterregierung nicht auf den Krieg, nicht auf die Kündigung, sondern auf die langsame Aufrollung des Versailler Friedens gerichtet sein müssen. Sie wird anfangen müssen mit der Uebernahme aller Verpflichtungen über dn Wiederaufbau Nordfrankreichs, mit der Verpflichtung, „nach Möglichkeit die anderen Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen", wobei die Hauptaufgabe der revolutionären Diplomatie Deutschlands sein würde, praktisch den französischen Volksmassen zu beweisen, welche Bestimmungen des Versailler Friedens undurchführbar sind. Liquidiert wird nur Schritt für Schritt, in dem Masse, wie die revolutionäre Welle in Frankreich und Polen steigt, die Sowjetrepublk sich in Russland stärkt, so dass sie eventuell durch den Druck auf das nationalistische Polen ihm nicht erlaubt, Deutschland gegenüber die Rolle des französischen Hundes zu spielen. Die Aufgabe der auswärtigen Politik der deutschen Räteregierung wird — falls sie früher als die französische entsteht — sein, Zeit zu gewinnen zum Ausbau des Rätedeutschland, zur Niederwerfung der deutschen Bourgeoisie, zur Gewinnung des Vertrauens des proletarischen Auslandes. Die Politik wird desto mehr notwendig sein, da im Gegensatz zur russischen die deutsche Räteregierung keinen Platz zu Rückzugsmanövern haben wird, da ohne ein Bündnis mit der polnischen Arbeiterklasse sie bei einer Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen ohne Munition und Kohle bleiben würde. Eine grosse Rolle in dieser bewusst kunktatorischen Aussenpolitik der deutschen Räterepublik,

würde die Tatsache spielen, dass, bis die Barriere zwischen Sowjet-Russland und Rätedeutschland verschwindet, es gelingen würde, mit Hilfe der deutschen Arbeiter das russische Transportwesen zu verbessern und so die Lebensmittelversorgung Sowjet-Russlands und Rätedeutschlands zu heben, beide Länder ein vitales Lebensinteresse haben, die Handelsbeziehungen zu den anglosächsischen Ländern anzuknüpfen, nicht aber durch eine „verblüffende" Kriegserklärung abzubrechen. Wer dies alles nicht beachtet, der treibt keine revolutionäre Aussenpolitik, sondern eine *Bierbank*politik, die der revolutionären oder der nationalistischen Ungeduld entspringt oder beiden gleichzeitig, wie es überhaupt zu den Merkmalen der kleinbürgerlichen Politik gehört, nicht warten zu können.

Dass sich bei dieser Politik Lauffenbergs und Wolffheims um eine *nationalistische Poltik* handelt, sagen sie mit dürren Worten selbst: „Nicht das steht in erster Reihe, ob wir eine kommunistische Organisation der Wirtschaft wünschen, und *welcher Teil des Volkes an ihr zunächst interessiert ist, sondern dass das Volk, die Gesamtheit, sie haben muss, um nicht als Volk, als Gesamtheit zu Grunde zu gehen.*" Die Interessen der Gesamtheit, d. h. der Nation, sind die Quellen der Politik Lauffenbergs und Wolffheims und sie definieren als Ziel dieser Politik, „*innerhalb der Volksgesamtheit die Wege zu suchen, die dem Volksganzen die denkbar beste Möglichkeit der Existenz garantieren.*" Wenn die deutsche kommunistische Partei bisher der Meinung war, dass sie eben deshalb existiert, weil es kein „Volksganzes" gibt, sondern eine durch den Bürgerkrieg zerklüftete kapitalistische Gesellschaft, die im Kampfe mit einem Teil der Gesellschaft gegen den anderen, den Weg zur Ueberwindung des Kapitalismus, zur Bildung des kommunistischen Volksganzen führt, geht Lauffenberg und Wolffheim von der Annahme der *nationalen Solitarität* aus der Annahme der *nationalen Solidarität* aus *im Krieg gegen die Entente*, d. h. *zum nationalen Bolschewismus.*

4. Der revolutionäre Burgfriede.

Es ist das Kennzeichen aller konterrevolutionärer, nationalistischer Politik, dass sie von dem sogenannten *Primat der auswärtigen Politik* ausgeht, das heisst von der durch Ranke formulierten Auffassung, die Aufgaben der auswärtigen Politik müssten die der

inneren bestimmen. Das Konterrevolutionäre dieser Lehre besteht darin, dass, weil die Klasseninteressen in der auswärtigen Politik viel schwieriger aufzuweisen sind als in der inneren, weil dem Volke viel leichter einzureden ist, dass dem Auslande gegenüber alle Klassen der Gesellschaft gemeinsame Interessen haben, aus dieser angeblichen Gemeinsamkeit der auswärtigen Interessen dann die gemeinsamen inneren Aufgaben leichter abgeleitet, d. h. vorgeschwindelt werden können. Es war eine der Lebensleistungen von Marx und besonders Engels, dass er zeigte, wie sich umgekehrt das Verhältnis zum Auslande aus den inneren Klassenverhältnissen einer Nation ergibt, wie die Aussenaufgaben aus den inneren herauswachsen, um sie natürlich dann ihrerseits zu beeinflussen. Wenn man also irgend ein Primat festzustellen hat, dann besteht für uns Marxisten ein Primat der inneren Verhältnisse. Konkret gesprochen: sind die Interessen aller Klassen der deutschen Nation der Entente gegenüber gleich? Diese Behauptung ist unsinnig.

Während das Proletariat gewillt ist, die deutsche Bourgeoisie und die Junker vollkommen zu expropriieren, will ihnen die Entente nur einen Teil ihres Eigentums wegnehmen und sie als die Hunde des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses in Deutschland behalten. Durch Schiebereien mit ausländischen Kapitalisten sind die deutschen zum grossen Teile im Stande, ihr Vermögen zu retten, ihre Profitwirtschaft unter fremdem Schilde weiter zu führen. Darum hatte der Zorn über Verräter, die nationale Entrüstung bei dem Grosskapital so wenig angedauert, darum blieben die ehrlichen Nationalisten, die Eltzbacher, die aus Empörung über den Versailler Frieden den Anchluss an Sowjet-Russland, den sogenannten nationalen Bolschewismus predigten, bisher so vollkommen isoliert. *Die deutsche Bourgeoisie würde zweifelsohne sogar eine offene Okkupation Deutschlands durch die Entente einer Rätediktatur vorziehen.* Daraus ergibt sich, *dass die Arbeiterklasse Deutschlands unter keinen Umständen auf die Hilfe seitens der deutschen Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen das Ententekapital rechnen kann.* Siegt die deutsche Arbeiterklasse, geht sie an die Sozialisierung der Produktion, so wird sie Schritt für Schritt darauf stossen, dass die deutsche Bourgeoisie, um sich vor den Eingriffen der deutschen proletarischen Regierung schützen zu können, sich hinter die Ententekapitalisten verstecken wird. Sollte das deutsche Proletariat genötigt sein, Krieg gegen die Entente zu

führen, so wird es die Bourgeoisie, Junker, die Mehrheit des Offizierskorps, auf der Seite der Ententeregierungen finden.

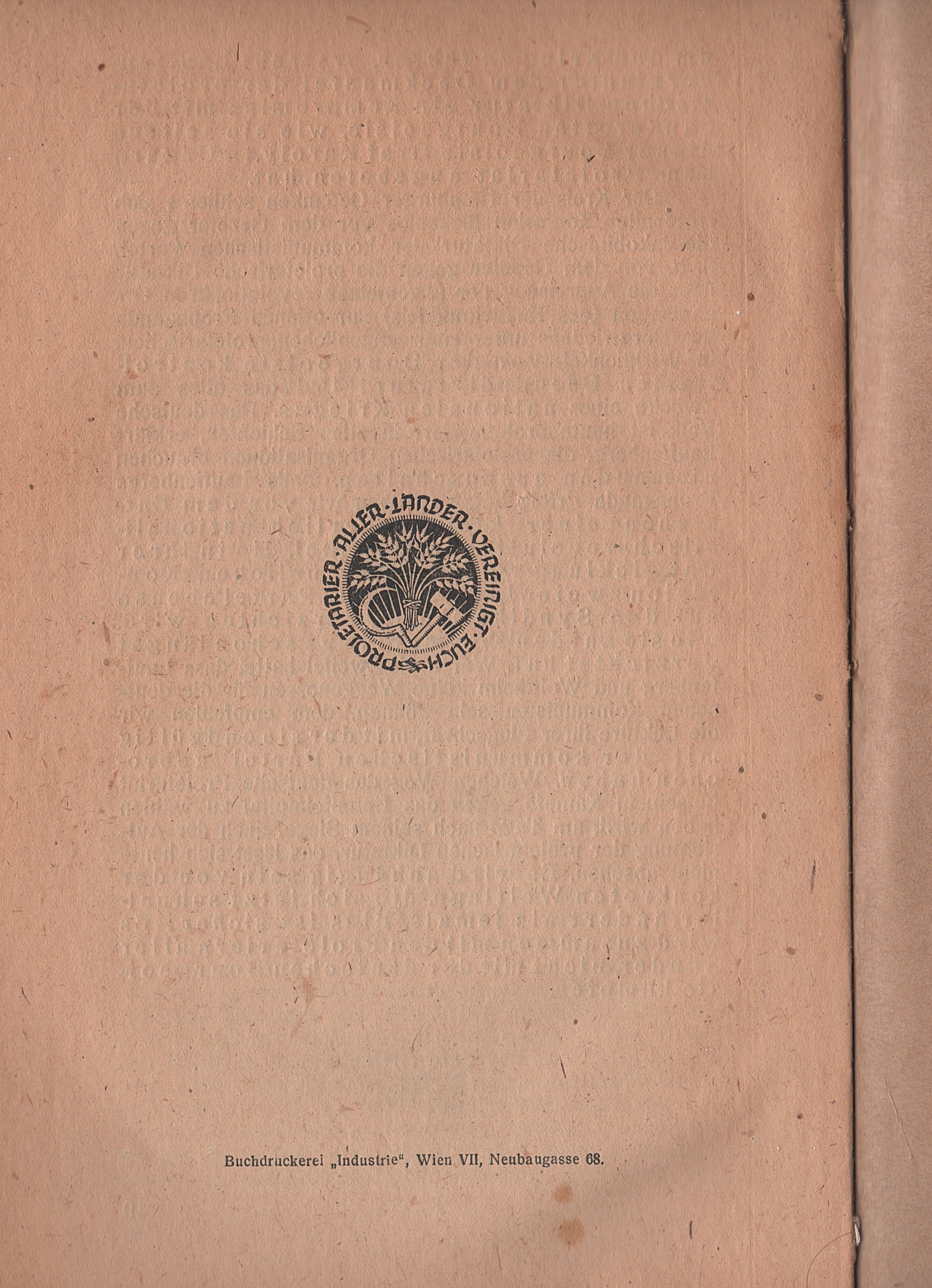
Der Krieg, der an und für sich schon die Verschärfung der Diktaturmassnahmen erfordern würde, weil das ausgepoverte Land ihn nicht führen könnte, ohne den Besitzenden die letzten Schuhe für die Armee zu nehmen, würde vollends, dank der verräterischen Haltung der Bourgeoisie zur rücksichtslosen Niederhaltung dieser Klasse, als Landesverräterin, zwingen. Das sagt eine einfache Erwägung der Klassenverhältnisse.

Lauffenberg und Wolffheim, die den Krieg von vorneherein proklamieren, schliessen aus ihm, als der dominierenden auswärtigen Aufgabe die Notwendigkeit einer inneren: Des Burgfriedens. „In einem Augenblick, in dem es sich darum handelt, den Krieg wider das Ausland aufzunehmen, ist gerade die herrschende Klasse, die Arbeiterklasse, am Frieden im inneren ausschlaggebend interessiert. Und unter der Voraussetzung, dass die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Machtergreifung rückhaltlos anerkennt, wäre die proletarische Diktatur an der Aufrichtung eines revolutionären Burgfriedens für die Zeit des Krieges nach aussen nicht minder interessiert, wie im umgekehrten Verhältnis weiland Wilhelm II.", heisst es im Hamburger Manifest. Also die Bourgeoisie soll die Diktatur des Proletariats anerkennen, damit es ruhig den Krieg gegen das Weltkapital führen kann! Ist das Wahnsinn? Ja, aber in diesem Wahnsinn steckt ein System. Denn wie stellen sich Lauffenberg und Wolffheim die proletarische Diktatur vor? Welche Klassen sollen sie ausüben: „sie soll von Klassenorganisationen ausgeübt werden, in die sie (die Räteregierung) nicht nur die Teile des Volkes einbezieht, die bisher Arbeiter genannt zu werden pflegten, sondern alle Werktätigen, gleichgültig, welcher gesellschaftlichen Sphäre sie bisher angehörten." Was bedeutet das, denken die Hamburger dabei vielleicht nur an die Kopfarbeiter? Nein! Sie denken an alle Bauern „unabhängig von der späteren Regelung der ländlichen Besitzverhältnisse", d. h. auch an die reichen Bauern. Das Manifest stellt es den einzelnen Gliedern der Bourgeoisie frei, „sich der proletarischen Klassenorganisation anzuschliessen"?, d. h. sie kann dieselbe Komödie unter der proletarischen Diktatur vorspielen, wie im November, wo sie sich „auf den Boden der Tatsachen stellte", worauf sie schalten und walten konnte. Kurz und gut,

um den Krieg zu führen, erstrebt Lauffenberg unter dem Deckmantel der proletarischen Diktatur ein Kompromiss mit der bankerotten Bourgeoisie, wie sie seitens dieser Bourgeoisie Graf Karoly in Ungarn dem Proletariat angeboten hat.

Der Kreis der Hamburger Gedanken schliesst sich trotz aller Konfusion lückenlos vor dem Gezeter gegen die jakobinische Diktatur der kommunistischen Partei, d. h. von dem Gezeter gegen die proletarische Diktatur über die Anpreisung der allgemeinen revolutionären Organisation (des Kuddelmuddels) zur offenen Propaganda des Burgfriedens unter einer angeblichen proletarischen, in Wirklichkeit von der Bourgeoisie kontrollierten Pseudodiktatur! Und das alles zum Zwecke eines nationalen Krieges. Das deutsche Volk ist heute proletarisiert in allen Schichten, erklärt Lauffenberg, die proletarischen Organisationen brauchen niemanden auszuschalten. Falls Lauffenbergs Propaganda Erfolg hat, so stehen wir vor dem Entstehen einer kleinbürgerlich-nationalistisch-revolutionären Partei, die in ihrer Entwicklung von der persönlichen Konfusion zweier Literaten zur Partei ebenso auf den Syndikalismus verzichten wird, wie sie auf den Kommunismus schon längst verzichtet hat. Wer noch Zweifel hatte, dass Lauffenberg und Wolffheim keine Weggenossen für die deutschen Kommunisten sein können, dem empfehlen wir die Lektüre ihrer Flugschrift, mit der sie endgültig mit der kommunistischen Partei gebrochen haben. Welchen Weg das deutsche Proletariat in seinem Kampfe gegen das Ententekapital zu wählen haben wird, am Tage nach seinem Siege, nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur, das lässt sich heute nicht absehen. Es wird abhängig sein von der konkreten Weltlage, die sich jetzt schneller ändert als jemals. Eins ist sicher: Es wird zusammen mit den Proletariern aller Länder, nicht mit der deutschen Bourgeoisie kämpfen.





Buchdruckerei „Industrie“, Wien VII, Neubaugasse 68.